

Dr. Thomas Röbbke/ PD Dr. Ansgar Klein

Forschung und Innovation als Thema der Zivilgesellschaft

Gewachsene Bedeutung der Forschungs- und Innovationspolitik

Die Forschungs- und Innovationspolitik ist ein immer wichtiger werdendes Politikfeld. Dort werden Grundlagen für den Wohlstand gelegt und Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft getroffen. Deshalb ist es wichtig, dass Entscheidungen in diesem Politikfeld auf einer breiten Basis – unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen – getroffen werden. Es reicht nicht aus, Forschungs- und Innovationspolitik für zentrale Weichenstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft auf technischer Basis der Machbarkeit oder Verwertbarkeit zu treffen.

Warum die Zivilgesellschaft beteiligen?

Neben den Interessengruppen der Wirtschaft und der Wissenschaft muss die Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt stärker in den Entscheidungsprozess der Forschungs- und Innovationspolitik einbezogen werden. Dies kann dadurch geschehen, dass die organisierte Zivilgesellschaft einen Platz in den Beratungsarenen gewinnt und geeignete Formate geschaffen werden, mit denen auch die nicht-organisierte Zivilgesellschaft einen Platz und eine Stimme in diesem Prozess bekommt.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich vor dem Hintergrund der immer wieder auch geäußerten und durch Proteste unterstützten Kritik der Umweltbewegung in den Bereichen der Umwelt- und Energiepolitik eine fruchtbare Kooperation von Politik und zivilgesellschaftlichen Gruppen entwickelt. Der Schutz der Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage findet in der differenzierten Akteurslandschaft der Ökologiebewegung ihren Ausdruck. Die beim Deutschen Bundestag angesiedelte Technikfolgenabschätzung und deren zunehmende Beteiligung zivilgesellschaftlicher Expertise macht deutlich, dass die demokratische Begleitung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik hohe Ansprüche stellt, aber letztlich für bessere Qualität und Legitimation sorgen kann.

Das Zusammenspiel von Expertise und Gegenexpertise

Schon früh war den zivilgesellschaftlichen Akteuren klar, dass sie ihrerseits Unterstützung durch eine kräftige Forschungs- und Innovationspolitik als Voraussetzung eines modernen Umweltbewusstseins benötigen (Beck 1990). Durch technische Entwicklungen und Veränderungen des Konsumverhaltens ergeben sich neue Herausforderungen, denen nur durch innovative Lösungen begegnet werden kann. Wie diese aussehen sollen und wie dabei den

gesellschaftlichen Bedarfen wie auch den wachsenden politischen Vorgaben entsprochen werden kann (Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Social Development Goals), ist eine Frage, für die die Zivilgesellschaft selber auf Expertise zurückgreifen muss.

Das Zusammenspiel, das sich in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Umweltpolitik entwickelt hat, ist heute auch in anderen Politikbereichen notwendig. Ohne eine umfassende Beteiligung wird es kaum mehr tragfähige Lösungen geben, die sowohl ökonomischen Ziele als auch die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen befriedigen. Daher zeigt sich heute auch auf der Seite der politischen Entscheider, der Ministerialbürokratien und der Politiker in den Parlamenten eine wachsende Nachfrage nach Interessenbekundungen aus der Gesellschaft, nach artikulierten Bedürfnissen und Themenvorschlägen. Die etablierten Interessengruppen – und auch die Parteien – sind kaum mehr in der Lage, den wachsenden Bedarf nach Orientierung und politischer Rahmensetzung alleine, d.h. ohne Einbezug der zivilgesellschaftlichen Kompetenzen zu befriedigen.

Wettbewerbsfähigkeit, Risikopotenzial und normative Perspektiven integrieren

Heute sind es neben der Umweltpolitik eine Reihe weiterer dringender Themen, die den Einbezug der vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen und die Forschungs- und Innovationspolitik erfordern.

Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive gehören die Ernährung und Erzeugung von Lebensmitteln zu den Bereichen, in denen mehr Forschung und Innovation notwendig sind. Hier stellt sich in ganz besonderer Weise Fragen der Risikobewertung, der moralischen Rechtfertigung, der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit und damit insgesamt der Verträglichkeit mit einer bestimmten Lebensweise. Dazu gehören Fragen des Umgangs mit Tieren, der Pflanzenschutz, Gifte in Lebensmittel oder die Verträglichkeit von Stoffen. Vielfach geht es gar nicht um neue Produkte und Verfahren, sondern um die Bestimmung von Grenzwerten, die sich nicht allein als Resultat wissenschaftlicher Forschung ergeben, sondern auch auf gesellschaftlicher Übereinkunft beruhen.

Herausforderungen der Digitalisierung

Auch im Bereich der Digitalisierung sind Argumente und Einmischungen der Zivilgesellschaft gefragt. Hier wird durch die Technik gleichsam ein neuer Kontinent mit neuen Produkten und Verfahren entdeckt. In diesem Bereich wird durch die atemberaubende Geschwindigkeit von Innovationen die gewohnte Lebensweise fundamental verändert. Mit der Digitalisierung der Datenverarbeitung und Kommunikation und mit der Entwicklung künstlicher Intelligenz wird tief in Lebensweisen und etablierte Konzepte von Personalität, Eigentum und Öffentlichkeit/Privatheit eingegriffen (Seubert/ Helm 2017).

Medizin und Gesundheit

Gleiches gilt für den Bereich von Medizin und Gesundheit. Hier ist eine Forschungs- und Innovationspolitik auf unentrinnbare Weise mit ethischen Fragen verbunden, die gerade von zivilgesellschaftlichen Akteuren gestellt werden. Neue Medikamente und Behandlungsme-

thoden haben innovativen Charakter und tragen zu einer Verlängerung des Lebens und des Wohlbefindens bei. Doch durch die Verbesserung der technischen Möglichkeiten stellen sich andere Fragen wie die Selbstbestimmung über das eigene Leben und den eigenen Tod in Würde umso dringlicher.

Insgesamt zeigt sich, dass eine verantwortliche Forschungs- und Innovationspolitik ohne Impulse aus der Gesellschaft – und damit der Zivilgesellschaft – nicht mehr auskommt.

Stärkung der wissenschaftsnahen Expertise und Kommunikation der Zivilgesellschaft: „Citizen Science“

Wie die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Gesellschaft gegenwärtig als Programm von der Seite der Politik konzipiert wird, zeigt sich im Programm „Citizen Science“. Erstmals wird mit diesem Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) der Versuch unternommen, die Wissenschaftsbeteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure systematisch zu fördern. Aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ist es hier wichtig, dass dabei bisherige Selbstverständlichkeiten der Wissenschaftsförderung auf den Prüfstand kommen. Das Zusammenspiel von Erfahrungen, Lern- und Bildungsprozessen und den Fragen von Forschung und Innovation wird gestärkt. Damit einher geht die Stärkung von wissenschaftlicher Expertise (Fachstellen) und redaktionell-kommunikativen Bearbeitungskapazitäten in der Zivilgesellschaft (Plattformen, Redaktionen, Archive). Sie sollen die gleiche Priorität bei der Förderung genießen wie die jeweilige Forschungsstelle im professionellen Wissenschaftsbetrieb. Am Beispiel von ehrenamtlich getragenen oder entstandenen Plattformen wie Wikipedia oder der Konferenz Re:publica zeigt sich mittlerweile auch die „Macht“ des zivilgesellschaftlichen Wissens.

Die Einsicht, dass Bürgerinnen und Bürger auch Wissenschaft betreiben können, ist keineswegs neu. Zudem ist die gesellschaftliche Innovationskraft der Zivilgesellschaft enorm, aber häufig unterschätzt. Fragen des ökologischen Bewusstseins (Ökologiebewegung), der Geschlechtergerechtigkeit (Frauenbewegung) oder neue Formen der Palliativmedizin (Hospizbewegung) sind ohne zivilgesellschaftliche Impulse gar nicht denkbar. Für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Forschungs- und Innovationspolitik ist Citizen Science eine wichtige Facette, deckt aber bei weitem nicht das Feld der Beziehungen zwischen Forschung und zivilgesellschaftlichem Resonanzraum ab.

Es ist kein Zufall, dass sich die Bürgerwissenschaften gerade in den Umweltwissenschaften entwickelt haben. Denn dort ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger eine wertvolle Ressource in der Beobachtung der Umwelt, für das Sammeln von Daten und bei der Generierung neuer Themen und Sichtweisen.

Eine bürgerwissenschaftliche Perspektive ist auch in anderen Wissenschaftsbereichen notwendig. In den Sozialwissenschaften wird es darum gehen, dass die Beobachtung der Gesellschaft auch als eine Selbstbeobachtung (Luhmann) verstanden und nicht allein den disziplinären Sozialwissenschaften überlassen wird. Ohne deren methodisches Instrumentarium

und reflektiertes Vorgehen wird es sicher nicht gehen, doch aus einer bürgerwissenschaftlichen Sicht können wertvolle Impulse, Fragestellungen und Vorgehensweisen kommen.

In den Technikwissenschaften wird es – viel stärker, als dies jetzt schon der Fall ist – darum gehen, Nutzer und Nutzerinnen in die Entwicklung von Produkten, Verfahren und Software mit einzubeziehen. Dies gilt ganz besonders für den Medizin- und Gesundheitsbereich, weil es hier darum geht, Aspekte wie Geschlecht, Alter, kultureller Herkunft und Lebensweise bei der Entwicklung von Medikamenten, diagnostischen Verfahren und anderen Dingen mit aufzunehmen.

Auch in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, die als anwendungsfern und deshalb einer zivilgesellschaftlichen Anbindung nicht bedürftig gilt, ist die Verbindung zu Amateurforschern, wie sie häufig in Bereich der Astronomie anzutreffen ist, hilfreich. Anders sieht es bei Forschung an Großforschungseinrichtungen mit einer teuren Geräteinfrastruktur aus.

Insgesamt ist Citizen Science eine wichtige und deutlich ausbaufähige Etappe in der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Wissenschaft und Forschung.

Third Mission

Neben Citizen Science ist der Aufstieg eines weiteren Konzeptes der Forschungsförderung bemerkenswert. Immer mehr Hochschulen begreifen ihren Auftrag nicht nur in Lehre und Forschung, sondern im aktiven Austausch mit der sie umgebenden Bürgergesellschaft. Die Vorstellung von Wissen wird in Programmen wie „Innovative Hochschule“ heute stärker als ein Dialog auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft konzipiert, anstatt eines einseitigen Wissenstransfers mit entsprechende „Fallhöhe“ zwischen Theorie und praktischer Anwendung. Aus diesem Verständnis einer „dritten Mission“ leitet sich eine neue Durchlässigkeit der Hochschulen ab, die für die zukünftige Generierung wissenschaftlichen Wissens enorm folgenreich sein wird.

Das High Tech-Forum der Bundesregierung

Die Politik – vor allem die Bundesregierung, aber auch die Länder – hat inzwischen eine Reihe von Formaten entwickelt, um den Einbezug der Gesellschaft bei der Entwicklung einer Forschungs- und Innovationsstrategie und insgesamt in der Wissenschaftspolitik besser zu organisieren. Das High Tech-Forum der Bundesregierung ist hierfür ein gutes Beispiel. In den sieben Fachforen des aktuellen Hightech-Forums wurde insgesamt viel Wichtiges zusammengetragen und als Grundlagen für eine nachhaltige Forschung und Innovationspolitik verdichtet. Dies betrifft auch das Fachforum, das sich mit dem Thema „Partizipation und Transparenz“ beschäftigt hat (Fachforum Partizipation und Transparenz des Hightech-Forums 2017).

Insgesamt zeigt sich mit dem High Tech-Forum und anderen Formaten, dass die politischen Akteure gewillt sind, Wege zu beschreiten, um das Wissen der Gesellschaft in die Entwicklung einer Forschungs- und Innovationspolitik stärker mit einzubeziehen. In diesen Formaten

gibt es eine Reihe guter und richtiger Ansätze, die zum Ziele haben, dass politische Akteure stärker auf gesellschaftliche Gruppen zugehen. In diesem Prozess werden mehrere Aspekte deutlich, die für die Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Positionen in der Forschungs- und Innovationspolitik von besonderem Gewicht sind.

Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Positionen in der Forschungs- und Innovationspolitik: Ausgangsbefunde

Zum ersten zeigt sich, dass die Parteien, Interessengruppen und Wissenschaftsorganisationen alleine nicht mehr in der Lage sind, die Grundlagen für nachhaltige und breit anerkannte Entscheidungen in der Forschungs- und Innovationspolitik zu liefern. Ihr Wissen und ihre Expertise reichen nicht mehr aus. Die Parteien haben die Fähigkeit verloren, Entscheidungen in der Forschungs- und Innovationspolitik so vorzubereiten, dass sie alle wichtigen Akteure einbeziehen und damit die Basis für die gesellschaftliche Entwicklung einerseits und für die Akzeptanz neuer Themen und Verfahren in der Forschung und Innovation andererseits zu legen.

Zum zweiten ist auffällig, dass Partizipation, Konsultation und Kommunikation im Themengebiet der Forschungs- und Innovationspolitik immer stärker von der Exekutive organisiert werden. Sie definiert die Formate, setzt die Themen, stellt die Fragen und wählt die Personen und Organisationen aus, die an diesen Prozessen beteiligt werden sollen. Aus einer politikstrategischen Sicht ist dies sicher gut, weil damit die Chancen für erfolgreiches Regieren steigen. Doch ist es aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive durchaus von Vorteil, dass Formate einer erweiterten Partizipation eng mit der Legislative verbunden sind. Dabei könnten etwa die bestehenden Kompetenzen der parlamentarischen Technikfolgenabschätzung auf die Innovationsdiskurse erweitert werden

Voraussetzungen für gute zivilgesellschaftliche Beteiligung in Forschung und Innovation (Ful)

Damit ergibt sich eine Agenda, wie aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive mit dieser neuen Konstellation umgegangen werden sollte. Als Voraussetzung ist zu benennen: Die Zivilgesellschaft – sowohl die organisierte wie die nicht-organisierte – muss ein neues Bewusstsein ihres gewachsenen Gewichts, aber auch einer neuen Verantwortung entwickeln. Die Gesellschaft ist diverser geworden und mit dieser entwickelten Vielfalt sind auch die Anzahl der Organisationen und die Kraft und der Umfang des Engagements der Einzelnen gestiegen (Deutscher Bundestag 2002; BMFSFJ 2010; 2017 a und b). Wissen und Expertise sind heute nicht mehr nur in wissenschaftlichen Organisationen vorhanden. Viele zivilgesellschaftliche Akteure und Bürgerinnen und Bürger verfügen heute über ein Niveau an Wissen und Expertise, das früher undenkbar war. Aus diesen Veränderungen leitet sich ein neues Selbstbewusstsein ab. Doch dieses allein ist nicht hinreichend, weil ein neues Selbstbewusstsein nicht von sich aus automatisch zu einer neuen Stellung im Prozess des Agenda Settings in der Forschungs- und Innovationspolitik führen. Zwar wird es ohne dieses neue Selbstbewusstsein nicht gehen, doch es kann nur die Basis bilden für weitere Schritte. Wichtig ist

dabei immer, die Kriterien der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit bei Wissensgenerierung und Wissensweitergabe als Prüfkriterium heranzuziehen, denn zivilgesellschaftliches Wissen ist oft vielstimmig und disparat und darf nicht unhinterfragt bleiben. Nur so kann es seine konstruktive Kraft entfalten.

Verbesserte Infrastruktur für die zivilgesellschaftliche Beteiligung am Prozess der Forschungs- und Innovationspolitik

Ein erster wichtiger Schritt besteht darin, die Infrastruktur für die zivilgesellschaftliche Beteiligung am Prozess der Forschungs- und Innovationspolitik zu verbessern. Wichtig und unerlässlich für einen solchen Schritt ist eine Bestandsaufnahme – ein Mapping – der Zivilgesellschaft selbst. Denn nur wenn klar ist, welche Ressourcen, Einflussräume, Netzwerke und Kompetenzen die Zivilgesellschaft bei welchen Organisationen vorhält, wie diese strukturiert sind etc., können sich weitere Überlegungen anschließen, wie diese Ressourcen und Strukturen genutzt werden können.

Erste Erfassungen durch die Initiative „Zivilgesellschaft in Zahlen“ (Krimmer/ Priemer 2013) zeigen, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen auf einer ehrenamtlichen Basis arbeiten und hauptamtliche Strukturen nur in großen Organisationen verbreitet sind. Hinzu kommt, dass der Bereich der nicht-organisierten Zivilgesellschaft sehr groß ist. Weiterhin ist bei der Vermessung der Infrastruktur die dynamische Entwicklung der Zivilgesellschaft zu bedenken: Neue Organisationen bilden sich, bürgerschaftliches Engagement nimmt sich bestimmter Themen an, ohne dass bereits Organisationskerne gebildet werden, und einige Organisationen entwickeln sich in Richtung kommerzieller Unternehmen weiter und wandern damit aus dem Kern der Zivilgesellschaft hinaus. Ein Mapping muss also in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Ressourcen der Zivilgesellschaft stärken

Durch diese ersten Erhebungen ist schon deutlich geworden, dass die Infrastruktur für Wissen, Expertise und wissenschaftsnahe Kommunikation für eine angemessene Beteiligung der Zivilgesellschaft nicht ausreicht und verbessert werden muss. Nur ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft verfügt über hauptamtliche Strukturen, die die Basis bilden können für eine Beteiligung an anspruchsvollen Agenda Setting-Prozessen im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik. Teilweise können Organisationen ihre Ressourcen zusammenlegen und gemeinsame Initiativen gründen, wie dies etwa beim „Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration“ der Fall ist. Im Bereich der Sozialpolitik ist dies längst bei den großen Wohlfahrtsverbänden und bei den Gewerkschaften der Fall. Doch selbst eine hauptamtliche Basis ist häufig nicht ausreichend für diese Aufgabe. Vielmehr kommt es darauf an, Expertise für den jeweils speziellen Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik zu generieren. Dazu können auch ehrenamtliche Strukturen und bürgerschaftlich Engagierte in der Lage sein (siehe oben das Beispiel Citizen Science). Wichtig ist, sich mit dem Gegenstand zu beschäftigen und Expertise zu generieren, die für das Agenda Setting in dem jeweiligen Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik relevant ist. Die erforderliche Infrastruktur

kann umso schneller und gezielter aufgebaut werden, wenn die entsprechenden Ressourcen über die Wissenschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden.

Diese Beispiele zeigen, dass es zum einen um die Bereitstellung von Wissen und Expertise geht. Um seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure etwa auch konkrete Gesetzgebungen mit vorbereiten zu können, müssen aus der Zivilgesellschaft viel mehr Initiativen kommen, die in Richtung der Gründung von Think Tanks gehen, mit denen gezielt ein Agenda Setting in der Forschungs- und Innovationspolitik betrieben werden kann (Steffi Ober in dieser Publikation und Plattform Forschungswende).

Zum anderen zeigen diese Beispiele auch, dass Ressourcen notwendig sind. Vielfach sind aber gerade kleine zivilgesellschaftliche Organisationen kaum in der Lage, diese – meist finanziellen – Ressourcen aufzubringen. Hier sind Hilfen der öffentlichen Hand notwendig. Dies lässt sich gut begründen, weil es um die Präsenz von Wissen und Expertise geht, das nicht mehr ohne Weiteres von den politischen Akteuren selbst – und vor allem von den Ministerialbürokratien – bereitgestellt werden kann. Politische Entscheidungen können nur vor dem Hintergrund des aktuell verfügbaren Wissens getroffen werden. Und zu diesem zählt auch das Wissen der zivilgesellschaftlichen Akteure, das allerdings mobilisiert werden muss.

Neue Beteiligungs- und Konsultationsformate für die unorganisierte Zivilgesellschaft

Aus der Perspektive der Infrastruktur kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Für den nicht-organisierten Bereich der Zivilgesellschaft sind Organisationsgründungen nicht realistisch. Hier geht es vielmehr darum, über neue Beteiligungs- und Konsultationsformate auch ihre Stimmen im Prozess des Agenda Setting der Forschungs- und Innovationspolitik sichtbar zu machen. Die Konfiguration solcher Formate darf aber nicht ins Belieben der staatlichen Akteure alleine gestellt werden. Vielmehr sollte im Vorfeld festgelegt werden, dass in Beratungsgremien bestimmte Sitze für die nicht-organisierte Zivilgesellschaft reserviert sind. Die Entscheidung über die Besetzung muss den zivilgesellschaftlichen Akteuren überlassen bleiben und darf nicht in den Gestaltungsbereich der ministerialen Akteure fallen. Hierfür sind aber Ressourcen notwendig, die Akteure aus dem nicht-organisierten Bereich der Zivilgesellschaft schwerlich allein aufbringen können.

Zivilgesellschaftsforschung stärken

Zur Verbesserung der Präsenz der zivilgesellschaftlichen Akteure im Prozess des Agenda Settings in der Forschungs- und Innovationspolitik gehört auch eine verstärkte inter- und transdisziplinäre Zivilgesellschaftsforschung. Sie dient der Selbstaufklärung der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Verbesserung der Wissensbasis für die Beteiligungsprozesse. Nach wie vor fristet die Forschung zu dem großen Themengebiet der Zivilgesellschaft ein Schattendasein. Dies liegt auch an der disziplinären Struktur der Wissenschaftsorganisation. Das Thema Zivilgesellschaft muss interdisziplinär behandelt werden. Und es bedarf eines engen Verbundes mit den Praxiserfahrungen der zivilgesellschaftlichen Akteure und damit eine deutlich

auch transdisziplinäre Ausrichtung der Zivilgesellschaftsforschung (Klein/Priller/Strachwitz 2014).

Ziel einer verbesserten Zivilgesellschaftsforschung ist es auch, mehr Wissen über das individuelle Engagement und die Organisationen zu generieren. Vor allem geht es darum, neue Erkenntnisse über die diverser werdende Gesellschaft zu gewinnen. Dazu reichen die bekannten Instrumente des Freiwilligen surveys und des Engagementberichts nicht aus, selbst wenn diese die notwendige Einbeziehung des Wissens in den Netzwerken der Zivilgesellschaft stärker berücksichtigen als bisher.

Eine intensivere Zivilgesellschaftsforschung würde auch einhergehen mit einer institutionellen Konzentration dieser Forschung. Bislang gibt es kein Institut in Deutschland, das sich mit dem Thema Zivilgesellschaft in allen seinen Facetten beschäftigt und zugleich auch eine systematische interdisziplinäre Vernetzung ermöglicht. Zu den Themen der Zivilgesellschaftsforschung gehört auch die Erforschung von Prozessen, wie die zivilgesellschaftlichen Akteure auf die Gesellschaft und die politischen Entscheidungsebene einwirken. Darüber hinaus sollte eine solche Zivilgesellschaftsforschung auch seine transdisziplinären Bezüge zu der Expertise ausbauen, die zivilgesellschaftliche Akteure in den Agenda Setting-Prozessen der Forschungs- und Innovationspolitik einbringen.

Partizipationserfahrungen der Zivilgesellschaft

Die Aufgabe, die Zivilgesellschaft stärker am Agenda Setting in der Forschungs- und Innovationspolitik zu beteiligen, muss nicht bei Null beginnen. Es gibt eine Reihe von Beteiligungsformen, auf denen aufgebaut werden kann. Sie zeigen bereits heute wie die Expertise der zivilgesellschaftlichen Akteure genutzt werden kann. Das Nationale Forum für Partizipation und Engagement und die Entwicklung der Engagementstrategie Baden-Württemberg haben gezeigt, wie die Expertise der zivilgesellschaftlichen Akteure für die Politikberatung und die Entwicklung politischer Programme genutzt werden können. Mit diesen beiden Projekten wird auch deutlich, wie Beteiligungsprozesse ergebnisorientiert organisiert werden können. Mit ihnen werden soziale Innovationen in einem kollektiven Verständigungsprozess sichtbar. Beide Projekte sind geprägt durch einen transparenten Beratungsprozess jenseits eines interessenegoistischen Lobbyings. Die Ergebnisse sind konkret adressiert an die politischen Akteure – im Fall der Baden-Württemberger Engagementstrategie noch erfolgreicher als im Nationalen Forum auf der Bundesebene.

Auch im Bereich der etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigt sich ein beachtliches Potenzial für das Agenda Setting. So haben Umweltverbände, Wohlfahrtsverbände und große Stiftungen Ressourcen und Erfahrungen in den Prozessen des Agenda Settings. Vielfach ist diese Stimme doch beschränkt auf den eigenen Bereich oder auf ausgewählte Themengebiete. Eine systematische Präsenz in der Forschungs- und Innovationspolitik ist bislang noch nicht zu erkennen. Denn dies würde bedeuten, dass zivilgesellschaftliche Akteure auch ihre Stimme erheben und ihre Expertise in den Bereichen der natur- und technikwissenschaftlichen Forschung zur Geltung bringen.

Günstige Gelegenheiten für zivilgesellschaftliche Beteiligung bei Ful

Die Voraussetzungen sind günstig. Es gibt eine stärkere Nachfrage von der Seite der Politik und bei den politische Entscheidungen vorbereitenden Administrationen. Politische Programme und Entscheidungen sind immer stärker auf externen Sachverstand angewiesen. Dem kann die Zivilgesellschaft durch eine größere und breitere Expertise entgegenkommen. Diese versammelt sich in ihren Organisationen, aber auch bei den Engagierten selbst. Engagement ist nicht nur eine Sache der moralischen Motivation, sondern zunehmend auch der Fähigkeiten und besonderen Kenntnisse und von gemeinsamen Lernprozessen des formalen, non-formalen und Lernens in kommunalen Bildungslandschaften (Klein/Schwalb 2016). Dass auch die Hochschullandschaft sich strategisch stärker auf die zivilgesellschaftlichen Erfahrungs- und Kommunikationsräume bezieht („Third Mission“), ist ein weiterer günstiger Baustein für die Perspektive der zivilgesellschaftlichen Partizipation bei Ful.

Je ausdifferenzierter zivilgesellschaftliche Aktivitäten werden, desto notwendiger wird neben der Motivation auch ein spezielles Wissen. Dies zeigt sich z.B. gerade bei der Hilfe für Geflüchtete. Heute reicht ein Helfen-Wollen allein nicht mehr aus. Der Umgang mit (teilweise traumatisierten) Menschen und Entscheidungen der Behörden erfordert psychologisch, sozialarbeiterische und juristische Kenntnisse. Doch von hier zur Präsenz in den Agenda-Setting Prozessen der Forschungs- und Innovationspolitik liegen einige Hürden

Autoren

Dr. Thomas Röbke, Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates und Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern.

Kontakt: roebke@lbe-bayern.de

PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, Publizist und Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de